

Ein Versteck im Warschauer Abwasserkanal

Projekt des Maximilian-Kolbe-Werkes: Sächsische Schüler erleben Zeitzeugen und erfahren so Geschichte hautnah

Jungen Menschen von den Grausamkeiten der Nazizeit berichten, ist ein Anliegen vieler Holocaust-Überlebender. Gestern sprachen einige vor Mittelstschülern in Niederwiesa.

VON EVA PRASE

Niederwiesa/Warschau. Ein halbes Jahrhundert hat sie geschwiegen, um sich zu schützen. Zu grausam waren die Erinnerungen an die Zeit im Warschauer Ghetto, als dass sie anderen Menschen hätte davon berichten können. Gestern nun besuchte Krystyna Budnicka mit anderen Holocaust-Überlebenden die Mittelschule Niederwiesa bei Chemnitz. Zeitzeugenberichte statt Geschichtsunterricht standen auf dem Plan.

In den vergangenen Tagen waren bereits mehrere Zeitzeugen, die in Auschwitz, Stutthof, Sachsenhausen und anderen Lagern waren, in sächsischen Schulen. Organisiert worden ist das Projekt vom Maximilian-Kolbe-Werk (siehe Stichworte).

Geschichtslehrerin Silvia Husser hoffte, dass die Jugendlichen emotional angesprochen werden. „Zwar haben wir die NS-Zeit in der neunten Klasse behandelt. Aber wenn Sie jemandem in die Augen schauen, der so ein Lager oder Ghetto überlebt hat, ist das etwas ganz anderes.“

Sie sollte Recht behalten. Als die 75-jährige Polin sprach, herrschte 90 Minuten Stille bei den Schülern. Budnicka, die einer jüdischen Familie entstammt, erzählte von ihrer glücklichen Kindheit, sie war das Nesthäkchen, hatte sechs Brüder und eine Schwester. Sie waren nicht reich, aber es reichte zum Leben. „Alles“ sei mit dem Ausbruch des Krieges zu Ende gewesen.

Das Warschauer Ghetto wurde gebildet. Es gab kaum zu essen. Man versprach den Bewohnern, sie zur Arbeit zu bringen, dort könnten sie Geld verdienen, um etwas Essbares zu kaufen. In den ersten Tagen hatten sich viele gemeldet. Bis man merkte, dass



Krystyna Budnicka (rechts) berichtete vor Schülern über ihre Erlebnisse im Warschauer Ghetto. Anne Weber dankt ihr mit einem Geschenk. –FOTO: ULF DAHL

sie nicht zurückkamen. „Schnell sprach sich herum, dass sie im nahen Treblinka vergast wurden. Der „Um-schlagplatz“ – es ist das einzige deutsche Wort, das die Polin benutzt, alles andere übersetzt der Dolmetscher – habe sich nicht weit vom Ghetto befunden. „Auf dem Platz standen die Viehwaggons.“

Da jeden Tag ein Kontingent, ein Menschenkontingent, erfüllt werden musste, trieben die Nazis die Bewohner aus den Wohnungen. Dass ihr Vater und ihre Brüder Tischler waren, hat der Familie anfangs das Überleben gesichert. Sie zimmerten für sich und andere Ghettogefange-

ne Verstecke: doppelte Wände, doppelte Böden. Einmal standen sie in einem Schacht, so groß wie ein Schornstein, auf kleinen Stegen übereinander. „Da traute man sich nicht zu atmen, geschweige denn zu husten.“ Doch die beiden ältesten Brüder, die kleine Kinder hatten, konnten sich nicht verstecken. Eines Tages waren sie verschwunden.

Dann harterte der Rest der Familie in einem Erdbunker unter dem Haus aus. Als zuletzt die Häuser mit Flammenwerfern ausgeräuchert und die Hitze im Bunker unerträglich wurde, vegetierten sie in den Abwasserkanälen Warschaus.

Der jüngste Bruder, er war gerade zwölf, eine Schwägerin und Budnicka selbst waren die einzigen der Familie, die aus dem Kanalsystem entkommen konnten. Die Eltern saßen fest, als jemand ihren Plan zum Ausstieg aus den Kanälen verraten und man die Deckel zugeschweißt hatte. „Sie waren ausgemergelt, konnten sich keinen Schritt mehr bewegen“, erzählte Budnicka. Ihr Bruder starb zwei Wochen, nachdem sie die Kanäle verlassen hatten. Vergiftung. Ihre Schwägerin fand sie nach zwanzig Jahren in Israel.

Zuletzt berichtete Budnicka vom Arzt, Schriftsteller und Pädagogen Ja-

nusz Korczak. „Der war immer für die Kinder da. Er hat sie ins Gas begleitet, um ihnen die Angst vorm Sterben zu nehmen“, sagt die alte Frau. Lehrerin Silvia Husser läuft, Tränen in den Augen, aus dem Zimmer.

Die Schüler sind von der Frau beeindruckt. „Kraus, dass sie so zu uns kommt und alles in Ruhe erzählt. Sie könnte ja auch Hass auf alle Deutschen haben“, meint Margarete Günther. „Aus so einem Mund die Begebenheiten zu hören, ist etwas ganz anderes als Geschichtsunterricht“, findet Tim Schönburg. Und Richard Rog sagt: „Es war noch nie so still im Unterricht.“

STICHWORTE

Maximilian-Kolbe und das Hilfswerk

● **Pater Maximilian Maria Kolbe** war Ende Juli 1941 im Konzentrationslager Auschwitz. Aus den zum Appell angetretenen Häftlingen des Blocks 14 wählte der Lagerkommandant willkürlich zehn Häftlinge aus, die als Strafe für die vermutete Flucht eines anderen zum lang-samen, qualvollen Tod verurteilt wurden, unter ihnen Familien-vater Franciszek Gajowniczek. Als dieser zu klagen begann, verließ der 47-jährige Franziskaner Kolbe seine Reihe und bot den eigenen Tod im Austausch für das Leben des Anderen. Nach zwei Wochen im fensterlosen Hungerbunker, nackt und ohne Nahrung, wurde der noch lebende Häftling 16670 am 14. August 1941 durch eine Phenolspritze getötet. Franciszek Gajowniczek lebte bis 1995.

Während seiner Inhaftierung wurde Kolbe trotz unmenschlicher Behandlung nicht müde, seine Mitgefangenen zu trösten und ihnen Liebe zu predigen. Als „Martyrer der Versöhnung“ wurde er 1982 heilig gesprochen.

● 1973 wurde das **Maximilian-Kolbe-Werk** in Freiburg gegründet. Die Gründer hatten Jahre zuvor Auschwitz besucht und waren dort ehemaligen Häftlingen begegnet, die mit Kleinstrenten am Rande der Armut lebten. Gesten der Wiedergutmachung, geschweige finanzielle Entschädigungsleistungen seitens der Bundesregierung waren zu dieser Zeit nicht in Sicht. Die Gründer des Kolbe-Werkes wollten Sympathie und Solidarität mit den Opfern der KZ ausdrücken sowie den Menschen, die durch das KZ-System zutiefst gedemütigt worden waren, eine moralische Unterstützung geben. Im Mittelpunkt der Arbeit des Hilfswerkes steht der einzelne Mensch, seine persönliche Geschichte im Nationalsozialismus. Deshalb ist der Kontakt von Mensch zu Mensch Kernstück der Arbeit. (epr)

Musharraf: Die Armee steht hinter mir

Die Streitkräfte sind in Pakistan der dominierende Machtfaktor – Viele Privilegien für Offiziere

VON STEPHEN GRAHAM

Islamabad. Als Präsident General Pervez Musharraf Anfang November den Ausnahmezustand ausrief, war es nicht das erste Mal, dass die Armee in Pakistan ihre dominierende Stellung in dem Land deutlich machte. Die Streitkräfte führten das Land in mehr als der Hälfte seiner 60-jährigen Geschichte. Und auch in den Zeiten ziviler Herrschaft waren sie die beherrschende Kraft, die Regierungen stützte oder absetzte.

Mehrere Dinge deuten darauf hin, dass sich daran auch nichts ändern wird. Da ist zum einen die wichtige Position Pakistans in dem von den USA geführten Kampf gegen den Terror und zum anderen der wachsende Einfluss der Streitkräfte in der Wirtschaft des Landes. Dass die Generäle im Namen der Demokratie ihre Privilegien mit anderen teilen, scheint wenig wahrscheinlich.

Musharraf, der 1999 in einem unblutigen Putsch die Macht übernahm, rief den Ausnahmezustand in seiner Eigenschaft als Chef der Streitkräfte aus. Deshalb dringt die Opposition auch so sehr darauf, dass er dieses Amt aufgibt. Ob dies letztlich von großer Bedeutung ist, bleibt fraglich. Selbstbewusst erklärte Musharraf: „Selbst wenn ich nicht in Uniform bin, die Armee steht hinter mir.“

Eigene Schulen und Kliniken

Die Offiziere und ihre Familien haben ihre eigenen, gehobenen Wohngebiete, Schulen und Krankenhäuser. Ihr Einfluss reicht weit in die Wirtschaft, in Banken und das Verkehrssystem hinein. Musharraf berief Dutzende von ehemaligen Offizieren an die Spitze von zivilen Institutionen, seien es Universitäten oder der Stadtrat von Islamabad. „Die Streitkräfte sind jetzt komplett in die zivile Gesellschaft integriert“, erklärt Shaun Gregory, ein Pakistanexperte an der Universität



Die Hände von gefangenen Oppositionellen klammern sich an die Gitterstäbe eines mobilen Polizei-Gefängnisses. Sie wurden bei Protesten in Sheddra in den Außenbezirken von Lahore verhaftet. –FOTO: WALLY SANTANA/AP

von Bradford in Großbritannien.

Pakistan hat schon seit seiner Gründung einen überdimensionierten Sicherheitsapparat. Es hat drei Kriege mit dem großen Nachbarn Indien geführt, den ersten schon wenige Monate nach der Staatsgründung 1947. „Pakistan hat leider kein starkes politisches System geerbt“, sagt Mirza Aslam Beg, ein früherer Armeechef. „In den ersten neun Jahren gab es nicht einmal eine Verfassung. Das war die Zeit, in der das Militär das Land physisch übernommen hat.“

Interessen des Landes schützen

Wie alle uniformierten Herrscher vorher, begründete Musharraf seinen drastischen Schritt damit, dass die grundlegenden Interessen des Landes schützen musste. Seine Geg-

ner, die politischen Parteien, bleiben schwach. Sie werden von Einzelpersonen bestimmt, weniger von politischen Anschauungen. Belastet wird ihr Ansehen zudem dadurch, dass ihre Regierungen, wenn sie an der Macht waren, durch Korruption und politische Grabenkämpfe auffielen. Die wenigen Ministerpräsidenten, die eine Chance gehabt hätten, wirklich die Macht zu übernehmen, wurden von den Generälen schnell abgesetzt.

General stürzte Bhuttos Vater

General Mohammad Zia ul-Haq stürzte 1977 Ministerpräsident Zulfikar Ali Bhutto, den Vater von Oppositionsführerin Benazir Bhutto, der wohl einer der fähigsten Politiker in der kurzen Geschichte Pakistans war. Musharraf stürzte Minis-

terpräsident Nawaz Sharif, als dieser ihn entlassen wollte.

Mit der Verhängung des Ausnahmezustands am 3. November kam Musharraf einer Entscheidung des in jüngster Zeit immer selbstbewussteren Obersten Gerichtshofs zuvor, der darüber entscheiden wollte, ob seine Wahl für eine weitere Amtszeit rechtmäßig war. Dass Musharraf dabei auf wackligen Füßen steht, sei fast ohne Belang, erklärte Husain Haqqani, Professor für internationale Beziehungen an der Universität von Boston. „Seine Handlungen zeigen, dass er damit rechnet, dass er mit allem durchkommt, solange die pakistanischen Streitkräfte hinter ihm stehen“, schrieb Haqqani in einer Kolumne für die pakistanische Zeitung „The Nation“. (ap)

Nach Ausnahmezustand Wahlkampf in Georgien

Gatschetschiladse Kandidat der Opposition gegen Saakaschwili

Heute soll der Ausnahmezustand aufgehoben werden, den Georgiens Staatschef Michail Saakaschwili nach den Zusammenstößen zwischen Opposition und Ordnungskräften Mitte letzter Woche verhängt hatte. Gleich danach dürfte der Wahlkampf starten.

VON ELKE WINDISCH

Tiflis. Schon fünf Oppositionspolitiker haben bisher erklärt, bei den vorgezogenen Präsidentenwahlen am 5. Januar antreten zu wollen. Auch Saakaschwili will erneut kandidieren, muss dazu aber spätestens am 22. November formell zurücktreten und seine Vollmachten bis zur Amtseinführung des neuen Staatschefs an Parlamentspräsidentin Nino Burdtschanadse übertragen.

Ein so genannter Rat der Vereinigten Opposition nominierte Montagabend den 43-jährigen Unternehmer Lewan Gatschetschiladse als gemeinsamen Kandidaten. Er, einer der erfolgreichsten Winzer der Republik, unterstützte im November 2003 die „Revolution der Rosen“ und Saakaschwili persönlich. Inzwischen gehört er jedoch zu dessen unversöhnlichen Gegnern und beteiligte sich aktiv an den jüngsten Protesten der Opposition. Im Falle seines Wahlsieges will er Ex-Außenministerin Salome

Zurabtschwili als Regierungschefin einsetzen. Frankreich hatte die 55-jährige Exilgeorgierin gleich nach der Revolution als Botschafterin nach Georgien entsandt. Saakaschwili ernannte sie – in der Geschichte der Diplomatie bisher ein Vorgang ohne Gleichen – bald darauf zu seiner Chefdiplomatin. Enttäuscht von Saakaschwilis Fehlleistungen bei den versprochenen demokratischen Reformen, trat sie vor zwei Jahren jedoch zurück und gründete die Partei „Georgiens Weg“. Diese gehört zu jenem Flügel der Opposition, der Georgien zu einer parlamentarischen Republik umbauen will. Präsidentschaftskandidat Gatschetschiladse erklärte daher bereits, er werde, sollte er gewählt werden, sofort wieder seinen Rücktritt einreichen, um den Weg für entsprechende Verfassungsänderungen frei zu machen.

Teile der Opposition erwägen einen Boykott der Wahlen. Bei Verhandlungen mit dem Regierungslager gelang es ihren Vertretern bisher nicht, Änderungen der Wahlgesetzgebung – vor allem die Rückkehr zu Direktmandaten für das Parlament – durchzusetzen. Aus Sicht von Neoliberalen und Republikanern hat Saakaschwili wegen des extrem kurzen Wahlkampfs zudem sehr viel bessere Chancen als seine Herausforderer. Auch kontrolliert er de facto die elektronischen Medien.



Georgiens Präsident Michail Saakaschwili. –FOTO: REUTERS



Oppositionskandidat Lewan Gatschetschiladse. –FOTO: REUTERS